

Ein Rettungsschirm für die Kommunen - statt eines Vertrages ohne Zukunft

Stellungnahme von Jörg Miehe, geladen als „fachkundiger Bürger“ in der Ratssitzung vom 15.6.11 zum TOP Zukunftsvertrag.

Sehr geehrte Mitglieder des Rates, werde Anwesende!

Ich danke für das Rederecht vor dem Rat zum Tagesordnungspunkt:

Zukunftsvertrag Dank auch für dessen Beantragung durch die Fraktion der Göttinger Linke.

Ich bin vom Bündnis Lebenswertes Göttingen und weiteren Organisationen gebeten worden, zum aufgerufenen TOP Stellung zu nehmen.

*(Beschlussvorschlag:
Zukunftsvertrag mit dem Land Niedersachsen; Antrag auf Entschuldungshilfe zur Fristwahrung; Die Antragstellung erfolgt fristwährend und für die Stadt Göttingen unverbindlich.)*

Ich darf mich kurz vorstellen:

Mein Name ist Jörg Miehe und ich bin seit 1962 Bürger dieses netten Städtchens, seit ich angefangen habe, mein Studium an der hiesigen Uni fortzusetzen. Ich bin weder beruflich noch geschäftlich mit den genannten Organisationen verbunden und habe auch sonst keine politischen Ämter.

Mein Appell und die Forderung des Bündnisses an Sie lauten heute:

Stimmen sie dem vorliegenden Beschlussantrag nicht zu! – Beauftragen Sie den OB nicht mit der Aufnahme von Verhandlungen mit der Landesregierung um einen sog. Zukunftsvertrag!

Die sehr kurze Begründung dazu lautet:

Ein Zukunftsvertrag der Stadt mit dem Land nach § 14 a-e des Nieders. Finanz-Ausgleichsgesetzes (N FAG), würde das strukturelle Defizit der Stadt von weit über 10 Millionen jährlich, nicht beseitigen; das Land würde dafür keine müde Mark zusätzlich heraus rücken. Die jährliche Hängepartie mit dem Haushalt, das jährliche Gerangel und Geschacher, wem man mehr streichen kann, weil er weniger laut schreit, würde noch verstärkt werden. Die Ausübung der Gemeinde-Autonomie nach Artikel 28,2 Grundgesetz würde weiterhin in der Selbstamputation der Gemeinde bestehen – so wie es schon heute in erheblicher Weise der Fall ist.

Wenn das Land maximal 75 Prozent der Kassenkredite übernehme, was sehr zu bezweifeln ist, ergäbe sich eine

Ersparnis von etwa 3,75 Millionen der bisherigen laufenden Zinskosten für den Haushalt.

Dem stünde die freiwillig und leichtfertig eingegangene Verpflichtung gegenüber, natürlich unter dem Druck der Verhältnisse, ab 2013 zehn Jahre lang einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. D.h., die Ausgaben der Stadt wären um jeweils mehr als 3,5 Millionen zu kürzen. Für den Rest der nicht getilgten Kassenkredite und der sonstigen Verschuldung müssten aber weiterhin Zinsen und irgendwann auch Tilgungen gezahlt werden.

Das Strukturelle Defizit des Haushaltes bestünde weiter, es wäre jetzt nur als Kröte durch die Stadt heruntergeschluckt worden, konkret in der weiteren Vernachlässigung der Infrastruktur, in der Erdrosselung von sozialen, kulturellen und vielen anderen Aktivitäten.

Aus einer noch immer lebenswerten Stadt würde dieser Rat mit der Zustimmung zu einem Zukunftsvertrag ein Abrissunternehmen im Auftrag des Landes machen. Der Zukunftsvertrag schreibt die schlechte Vergangenheit und Gegenwart fort – mit ihm gibt es kein Licht am Ende des Tunnels – der Tunnel würde nur noch länger werden!!

Die peinliche Vorgeschichte der heutigen Sitzung und Beschlussvorlage, dass der OB und die Mehrheit des Rates den ganzen Vorgang offenbar am liebsten an den Wählern und der Öffentlichkeit vorbei jongliert hätten – bis nach der Kommunalwahl, will ich nicht weiter skandalisieren, das haben andere schon hinreichend getan - jetzt geht es um konstruktive Auswege aus der schon jahrelang verfahrenen Situation der Kommunalfinzen – nicht nur in Göttingen.

In diesem Sinne haben SPD und Grüne am 10. Okt 2010 eine Resolution vorgelegt, in der es heißt: (Ich darf zitieren)

„ Göttingen befindet sich – wie andere Kommunen – in einer finanziellen Abwärtsspirale, die ihre wesentliche Ursache in einer strukturellen Unterfinanzierung hat und durch Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung nicht aufgefangen werden kann....

Wenn die Bundesregierung die Kommunen weiterhin herunterwirtschaftet, zwingt sie den Rat die Stadt kaputt zu sparen und nimmt der kommunalen Selbstverwaltung ihre Existenzgrundlage!“

Das bezog sich vor allem auf die Belastungen durch zusätzliche Sozialaufwendungen, die der Bund den Kommunen auferlegt hat.

Weiter heißt es:

„In Übereinstimmung mit den Forderungen des Deutschen Städtetags auf der Grundlage des Gemeindefinanzberichtes 2010 fordert der Rat der Stadt die Bundes- und Landesregierung insbesondere auf, - die Steuersenkungen der letzten Jahre zu Lasten unserer Kommune durch eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen zu kompensieren,... „

Dann folgt eine Reihe mehr oder weniger triftiger Vorschläge zur Erhöhung der Steuereinnahmen. Und als Schluss heißt es wiederum ganz richtig:

„ Der Rat der Stadt stellt diese Forderungen zu einer auskömmlichen Finanzausstattung auch im Namen der vielen Organisationen und Einrichtungen, die für das soziale und kulturelle Leben in Göttingen einen wichtigen Beitrag leisten und deren Existenz durch die strukturelle Unterfinanzierung der Stadt bedroht ist. „

Danach wird dann die erstaunliche Einsicht formuliert:

„Geld zur Stärkung der Kommunen fehlt in unserer Gesellschaft nur deshalb, weil dem Staat der Mut und Wille fehlt, Vermögende stärker in die Verantwortung zu nehmen.“

Zunächst muss man wohl sagen, dass in unserer Gesellschaft das Geld für die Stärkung der Kommunen sehr wohl vorhanden ist – es wird nur unproduktiv verschwendet.

Diese 4,6 Billionen, - Sie wissen, die mit den 12 Nullen, im Privatbesitz deutscher Staatsbürger, wird von seinen Eigentümern u.a. lieber in die Finanzspekulation, z.B. von Banken und Hedgefonds eingespeist – was uns die Finanz- und anschließend die Wirtschaftskrise eingebrockt hat, und diesen dann ihre Rettung

durch Hunderte Milliarden Sicherungskredite bescherte.

Zurück zur Diagnose: Wer aber war und wer ist der Staat, dem der Mut und der Wille fehlen, den Reichen ans Vermögen zu gehen?

Die Handelnden sind bekannt:

Es sind die Mehrheiten der Parlamente, also die Abgeordneten der Koalitionen, die die jeweiligen Regierungen getragen haben und noch tragen, im Bundestag, in den Ländern und zusammen dann im Bundesrat zur Absegnung der Projekte dieser etwas unheimlichen, ganz großen Koalition.

Die drei letzten Bundesregierungen sind mit ihren unsäglichen Steuersenkungen auf der Welle neoliberaler Begeisterung der Privatisierung für die Begüterten, hauptsächlich verantwortlich für die Misere der Kommunalfinzen und auch für den Absturz der sozialen Verhältnisse, die in den Kommunen dann verarztet und repariert werden müssen.

Es ist nicht der ferne Staat in den Ländern und im Bund, ein etwas undurchsichtiger ministerieller Apparat, sondern es sind die von den Bürgern gewählten Vertreter des Volkes aus Ihren eigenen Parteien, die diese Misere zugelassen oder gar mit herbeigeführt haben.

Der Mut und der Wille fehlen also nicht einem anonymen Staatsapparat – fehlen diese nicht vielmehr Ihren politischen Kollegen und vielleicht auch Ihnen selbst? – Denn: Wählen Sie nicht Ihre Kandidaten, Gremien und Vorsitzenden und beschließen Sie nicht Ihre Regierungs- und Parteiprogramme mit?

Der Mut fehlt Ihnen, wenn sie zahnlose Resolutionen verfassen und an die Landes- und die Bundesregierung versenden – die doch gerade die Misere angerichtet haben.

Allerdings haben Sie dann doch den Willen zur folgsamen und ordentlichen Durchführung der inhaltlichen und finanziellen Vorgaben aus Land und Bund.

Statt also mit einem angeblichen Zukunftsvertrag die Augenwischerei und das Schwarze-Peter-Spiel mit den Kommunalfinzen eine Runde weiter zu treiben, fordere ich, fordern wir den Rat der Stadt Göttingen auf, - seine Mitglieder und seine Fraktionen, nicht vor allem Buße für ihre politischen

Sünden und die ihrer Parteikollegen zu tun, sondern endlich eine andere Richtung des politischen Handelns einzuschlagen:

Sie müssen jetzt helfen das Geld durch Steuern dort holen, wo es sich dank der Politik in den vergangenen Jahren, den Regierungen und Koalitionen angesammelt hat!

Und Sie müssen es für die Sanierung der Verhältnisse in den Kommunen ausgeben.

Dazu bietet Ihnen die aktuelle steuerpolitische Situation eine einmalige Chance: Der unzuverlässige Gott der kapitalistischen Konjunktur hat ein goldenes Ei in das Prognosenest gelegt – wir brauchen also nicht abzuwarten, bis die knirschenden Mühlen einer Föderalen Finanzreform und Steuergesetzgebung evt. wieder nur ein Mäuschen gebären: Laut Handelsblatt vom 01.06.11 hat die neueste offizielle Steuerschätzung bis einschließlich 2014 ein zusätzliches Steuervolumen von sage und schreibe

2011: 17,6 Mrd.

2012: 21,4 Mrd.

2013: 47,3 Mrd.

2014: 49,0 Mrd.

insgesamt also 135 Mrd. Euro ergeben.

Bevor sich nun alle Haushälter und Finanzminister darauf stürzen und Pläne machen, wie sie diese Mittel in den vorgegebenen Bahnen der Mittelverteilung einsetzen, um die idiotische, neoliberale Schuldenbremse im Grundgesetz zu bedienen – seien Sie einmal schnell, seien Sie einmal mutig, seien Sie politisch und handeln Sie im Interesse Ihrer Wähler und dem der öffentlichen Angelegenheiten.

Fordern Sie – mit den Kommunen und deren Spitzenverbänden - diese gewaltige Summe sofort und vollständig für die unmittelbare Beseitigung der Kassenkredite der Gebietskörperschaften (etwa 40 Mrd.) und den Rest für den jährlichen Ausgleich der strukturellen Defizite der Kommunen bis zu dem Zeitpunkt, an dem endlich eine soziale und demokratische föderale Finanzreform und Steuergesetzgebung durchgesetzt sind.

Nun wissen wir ebenso wie Sie, dass ein lauter Aufschrei im Rat der Stadt Göttingen und in den

Göttinger Partiegremien die Republik nicht zum Umdenken oder gar zu einem anderen Handeln bringt – aber man wird doch Hoffen dürfen, dass dazu kein soziales oder ökonomisches Fukushima erforderlich sein wird.

Eine Art politisches Erdbeben müssen wir und müssen Sie allerdings in Gang bringen, um dem Elend der Kommunalfinzen, das auch ein soziales und eines der Demokratie ist, endlich ein positives Ende zu setzen:

Entwerfen und beschließen Sie also mit uns zusammen einen Aktionsplan für den Rat und seine zustimmenden Fraktionen, für den OB und die Verwaltung, und für die aktionswilligen Bürger und Organisationen der Stadt, wie Göttingen die Schwesterkommunen und Körperschaften in Niedersachsen und die im sonstigen Bundesgebiet von dem obigen finanziellen Sofortplan überzeugen können.

Wenn sie das aber nicht wollen, weil sie eine andere Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik bevorzugen, oder weil Ihnen der politische Mut und der Wille dazu fehlen, Sie stattdessen mit der Zustimmung zum Antrag für einen Zukunftsvertrag das Schwarze-Peter-Spiel weiter spielen wollen, dann sollten sie bei den Kommunalwahlen im September offen für die Kürzungen in den künftigen Haushalten der Stadt Göttingen und die Beibehaltung der sozialen Schieflage eintreten.

Dann allerdings werden Sie sich bei der kommenden Kommunalwahl als nicht wählbar erweisen.

Und wir werden die Wähler schon heute auf diese entscheidende kommunal- und bundespolitische Weichenstellung aufmerksam machen.

Und wir werden Ihnen in die Programme, in Ihre Reden und auf ihre Handlungen schauen – und das den Wählern zur Kenntnis bringen.

Sie müssen also ihre eigenen Parteien, Abgeordneten und Regierungen für eine neue soziale und demokratische Politik gewinnen – sie müssen Ihren Wahlkampf endlich in Ihren eigenen Reihen führen.

Damit Sie dies nicht vergessen, haben die Initiativen vor dem Rathaus einen symbolischen Rettungsschirm aufgespannt.

Und deshalb hängen daran so viele Projekte, die im Moment nur wissen, dass sie zurzeit in der Luft hängen wegen der ungeklärten Perspektive der Finanzierung.

Bisher müssen sie befürchten, dass sich ihre Arbeit und ihre Projekte schlimmstenfalls in Luft auflösen, wenn die Förderungen wegfallen oder drastisch beschnitten werden sollten – was mit einem Zukunftsvertrag zu befürchten steht.

Heute haben zunächst Sie die Wahl – die Bürger werden sie in ein paar Monaten haben.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Jörg Miehe